

Vorwort

„Wirres Zeug“ – so lautete die spontane Antwort eines jungen Studenten namens Jürgen STENGER auf die Frage, was in den Vorlesungen zum Fach „Volkswirtschaftslehre“ denn so vermittelt wird. Rund drei Jahrzehnte nach Abschluss des Studiums der Wirtschaftswissenschaften sind dem Autor noch immer die Vorlesungen einiger Dozenten präsent, die ihren Studenten einerseits vermitteln wollten, wie ganze Volkswirtschaften organisiert und strukturiert werden, die andererseits jedoch bereits daran scheiterten, den Stoff ihrer eigenen Vorlesungen zu strukturieren – oftmals war es aufschlussreicher, dem Zeiger der Uhr beim Vorrücken zu folgen als dem Dozenten bei seiner Vorlesung.

Erst die vertiefende Darstellung mit den Themenbereichen der Volkswirtschaftslehre brachte beim Autor die Erkenntnis, dass es sich bei wirtschaftlichen Zusammenhängen sehr wohl um klar strukturierte Sachverhalte handelt, welche auch gegenüber „normalen Menschen“ durchaus vermittelbar sind. Das vorliegende Buch stellt den Versuch dar, das „wirre Zeug“ mikro- und makroökonomischer Zusammenhänge strukturiert darzustellen. Die Übersichtsdarstellungen beinhalten in der Regel jeweils eine Definition des Sachverhaltes sowie eine graphische Darstellung der Zusammenhänge, in einigen Fällen gestützt durch empirisches Datenmaterial. Als Einstiegslektüre für VWL-Neulinge handelt es sich möglicherweise um „schwere Kost“; als vorlesungs- bzw. unterrichtsbegleitendes Fachbuch für Studierende von Berufsakademien, Nebenfachstudenten an Hochschulen und Fachhochschulen sowie Teilnehmer/innen von Aufstiegsfortbildungen (z.B. angehende Fachwirte) soll „Volkswirtschaftslehre strukturiert“ jedoch einen Beitrag dazu leisten, das Rätsel um volkswirtschaftliche Zusammenhänge zu lösen.

Danken möchte ich denen, die an der Erstellung des Buches beteiligt waren: An erster Stelle Frau Sibille MAURER, deren fast schon zwanghafter Sinn für Ästhetik bei der Gestaltung der Übersichtsdarstellungen ein Ergebnis hervorbrachte, das schon beim ersten Durchblättern des Buches optisch außerordentlich ansprechend wirkt. Meine Töchter Anne und Sophie haben Teile des Manuskriptes Korrektur gelesen. Danken möchte ich nicht zuletzt meinem ehemaligen Mentor Herrn Dr. Klaus BIERLE, der mich mit seinem Buch „Grundlagen der BWL - Übersichtsdarstellungen“ erst auf die Idee zur Erstellung des vorliegenden Fachbuches brachte – leider konnte er die Fertigstellung des Projektes nicht mehr miterleben.

Saarbrücken, im September 2014

Inhaltsübersicht

Vorwort	3
Inhaltsübersicht	5
Inhaltsverzeichnis	7
Verzeichnis der Abkürzungen und Symbole	15
Übersichts-Darstellungen	21
A Grundfragen und Grundbegriffe	21
B Elementare Produktionstheorie	43
C Märkte und Preisbildung	59
D Marktungleichgewicht und Marktversagen	77
E Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	95
F Konjunktur und Wachstum	127
G Geld und Geldpolitik	177
H Außenwirtschaft	203
I Die Europäische Union	229
Literaturhinweise	245
Stichwortverzeichnis	249

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Inhaltsübersicht	5
Inhaltsverzeichnis	7
Verzeichnis der Abkürzungen und Symbole	15
Übersichts-Darstellungen	21
A Grundfragen und Grundbegriffe	21
A-1: Aufgabe der Wirtschaft.....	21
A-2: Bedürfnisse als Ursache für wirtschaftliches Handeln.....	22
A-3: Güter als Mittel zur Knappheitsminderung.....	23
A-4: Grundfragen des Wirtschaftens.....	24
A-5: Das Ökonomische Prinzip.....	25
A-6: Wirtschaftsordnungen.....	26
A-7: Marktwirtschaft und Planwirtschaft.....	27
A-8: Ablauf des Planungsprozesses in einer Zentralverwaltungswirtschaft.....	28
A-9: Wirtschaftsordnungen – Vorteile und Nachteile.....	29
A-10: Die Soziale Marktwirtschaft.....	30
A-11: Verankerung des Sozialstaatsprinzips in der Verfassung der BRD.....	31
A-12: Ziele der Sozialpolitik.....	32
A-13: Einkommensverteilung.....	33
A-14: Funktionelle Einkommensverteilung.....	34
A-15: Unternehmergewinn.....	35
A-16: Personelle Einkommensverteilung.....	36
A-17: Verteilungskorrektur.....	37

A-18:	Die Problematik „gerechter“ Einkommensverteilung.....	38
A-19:	Sozialausgaben in Prozent des BIP.....	39
A-20:	Entwicklung des Kindergeldes.....	40
A-21:	Umsetzung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).....	41
B	Elementare Produktionstheorie.....	43
B-1:	Grundbegriffe der (mikroökonomischen) Produktionstheorie.....	43
B-2:	Produktionsfaktoren.....	45
B-3:	Das „Ertragsgesetz“.....	46
B-4:	Arbeitsteilung.....	47
B-5:	Technische Effizienz.....	48
B-6:	Gesamtwirtschaftliche Transformationskurve.....	49
B-7:	Transformationskurve – Auswertung.....	50
B-8:	Produktivität.....	51
B-9:	Produktionsfaktor „Arbeit“.....	52
B-10:	Die Bedeutung des Produktionsfaktors „Arbeit“.....	53
B-11:	Jahres-SOLL-Arbeitszeit.....	55
B-12:	Erwerbstätige in Prozent der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren.....	56
B-13:	Arbeitskosten je Arbeitnehmerstunde im verarbeitenden Gewerbe.....	57
B-14:	Die Bedeutung des Produktionsfaktors „Kapital“.....	58
C	Märkte und Preisbildung.....	59
C-1:	Markt.....	59
C-2:	Theorie der Nachfrage.....	60
C-3:	Die Nachfrage-Kurve.....	61
C-4:	Preiselastizität der Nachfrage.....	62
C-5:	Kreuzelastizität.....	63
C-6:	Einkommenselastizität.....	64
C-7:	Theorie des Angebotes.....	65
C-8:	Die Angebots-Kurve.....	66

C-9:	Preiselastizität des Angebotes.....	67
C-10:	Elastizitäten: Zusammenfassende Darstellung.....	68
C-11:	Bedingungen des vollkommenen Marktes.....	69
C-12:	Marktgleichgewicht.....	70
C-13:	Veränderungen des Marktgleichgewichtes.....	71
C-14:	Veränderung von Nachfrage und Angebot pro Periode.....	72
C-15:	Funktionsweise des Preismechanismus.....	73
C-16:	Marktformen.....	74
C-17:	Die Wohlfahrtswirkung von Handel/Tausch.....	76
D	Marktungleichgewicht und Marktversagen.....	77
D-1:	Marktinterventionen.....	77
D-2:	Staatliche Höchstpreise.....	78
D-3:	Staatliche Mindestpreise.....	79
D-4:	Mindestlöhne als Form von Mindestpreisen.....	80
D-5:	Marktversagen.....	82
D-6:	Typen von Marktversagen.....	83
D-7:	Externe Effekte.....	84
D-8:	Allokationswirkungen externer Effekte.....	85
D-9:	Internalisierung negativer externer Effekte.....	87
D-10:	Internalisierung negativer externer Effekte – Umsetzung in der Praxis.....	88
D-11:	Umweltbezogene Steuern und Gebühren als Instrumente zur Internalisierung externer Effekte.....	89
D-12:	Alkoholsteuern als Instrument der Internalisierung externer Effekte.....	90
D-13:	Die Tabaksteuer als Instrument der Internalisierung externer Effekte.....	91
D-14:	Internalisierung positiver externer Effekte.....	93
E	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.....	95
E-1:	Marktökonomie.....	95
E-2:	Sektoren der Volkswirtschaft.....	96
E-3:	Das einfache Wirtschaftskreislaufmodell.....	97

E-4:	Entwicklung der Sparquoten in wichtigen Industrieländern.....	98
E-5:	Vermögensbildung und Wohneigentum.....	99
E-6:	Kapitalsammelstellen.....	101
E-7:	Kapitalsammelstellen – weitere Finanzintermediäre	102
E-8:	Einlagensicherung.....	103
E-9:	Das erweiterte Wirtschaftskreislaufmodell.....	104
E-10:	Volkswirtschaftliches Kreislaufschema.....	105
E-11:	Das Netto-Nationaleinkommen (Sozialprodukt).....	106
E-12:	Entstehungsrechnung.....	107
E-13:	Wertschöpfungen der verschiedenen Wirtschaftsbereiche (in Mrd. EURO).....	108
E-14:	Verteilungsrechnung.....	109
E-15:	Verwendungsrechnung.....	110
E-16:	Entwicklung des BIP nach der Verwendungsrechnung in den Jahren 2011-2013 (in Mrd. EURO).....	111
E-17:	Zusammenhang zwischen Inlandsprodukt und Nationaleinkommen.....	112
E-18:	Das Sozialprodukt (Bruttoinlandsprodukt) als Wohlfahrtsindikator.....	113
E-19:	Alternativen zur Sozialproduktsrechnung.....	114
E-20:	Net Economic Welfare (NEW).....	115
E-21:	Sozialindikatoren.....	116
E-22:	Der Better Life Index (BLI).....	117
E-23:	Die TOP-10-Länder des Better Life Index.....	118
E-24:	Lebenszufriedenheitsindikator („Glücks-BIP“).....	119
E-25:	Der Happy Planet Index (HPI).....	120
E-26:	Entwicklung des Happy Planet Index.....	121
E-27:	Der Human Development Index (HDI).....	122
E-28:	Indikatorenset zur Wohlfahrtsmessung des deutschen und französischen Sachverständigenrates.....	123
E-29:	Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung.....	124
F	Konjunktur und Wachstum.....	127
F-1:	Konjunktur und Konjunkturzyklen.....	127
F-2:	Konjunkturschwankungen / -zyklen.....	128
F-3:	Theorie der „Langen Wellen“: KONDRATIEFF-Zyklen.....	129

F-4:	Klassischer Konjunkturzyklus.....	130
F-5:	Konjunktur-Indikatoren.....	132
F-6:	Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz.....	133
F-7:	§ 1 des „Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes“: Indikatoren und quantitative Zielvorgaben	134
F-8:	Arten von Arbeitslosigkeit.....	135
F-9:	Arbeitslosigkeit in Deutschland.....	136
F-10:	Arbeitslosigkeit.....	137
F-11:	Arbeitslosenquote in den einzelnen Bundesländern.....	138
F-12:	Struktur der Arbeitslosigkeit: Langzeitarbeitslose.....	139
F-13:	Beschäftigungs- / Erwerbsgruppen.....	140
F-14:	Kennziffern der Beschäftigung.....	141
F-15:	Inflationsarten.....	142
F-16:	Inflationsursachen.....	143
F-17:	Preissteigerungsraten: Entwicklung Verbraucherpreis-Index in Deutschland.....	144
F-18:	Preisniveaustabilität: Die 15 preisstabilsten sowie preisinstabilsten Jahre.....	145
F-19:	Verbraucherpreise: Jahresdurchschnittlicher Anstieg in Prozent vor und nach der EURO-Einführung.....	146
F-20:	Entwicklung der Kaufkraft je Lohnminute in West-Deutschland im Vergleich 1991 zu 2013.....	147
F-21:	Umverteilung von Inflation.....	148
F-22:	Deflation.....	149
F-23:	Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation: Die PHILLIPS- Kurve.....	150
F-24:	Wirtschaftswachstum.....	151
F-25:	Bestimmungsfaktoren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wachstumsfaktoren).....	152
F-26:	Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes der BRD.....	153
F-27:	Wachstum des realen BIP im internationalen Vergleich.....	154
F-28:	Jahresdurchschnittliche Veränderung des realen Bruttoinlands- produktes.....	155
F-29:	Ökologie (Umweltschutz).....	156
F-30:	Wirtschaftspolitik.....	157
F-31:	Träger der Wirtschaftspolitik.....	158
F-32:	Konjunkturpolitik.....	159

F-33:	Antizyklische Fiskalpolitik.....	160
F-34:	Antizyklische Fiskalpolitik: Rechtsgrundlage.....	161
F-35:	Instrumente der antizyklischen Fiskalpolitik.....	163
F-36:	Bestimmungsgrößen des privaten Verbrauchs.....	164
F-37:	Antizyklische Fiskalpolitik: KEYNES'sche Theorie der Nachfragepolitik.....	165
F-38:	Antizyklische Fiskalpolitik: Beurteilung der Wirksamkeit.....	166
F-39:	Wirkungshemmnisse der antizyklischen Fiskalpolitik: Der Crowding-Out-Effekt.....	167
F-40:	Kennziffern der Staatsverschuldung.....	168
F-41:	Staatsquoten (in Prozent des BIP).....	169
F-42:	Staatsverschuldung (in Prozent des BIP).....	170
F-43:	Haushaltssaldo der Bundesländer (in Mio. EURO).....	171
F-44:	Gemeindefinanzen.....	172
F-45:	Wirkungshemmnisse der antizyklischen Fiskalpolitik: Der Time Lag	173
F-46:	Angebotsorientierte Stabilitäts- / Wachstumspolitik.....	174
F-47:	Konjunkturpolitische Theorieansätze.....	175
G.	Geld und Geldpolitik.....	177
G-1:	Geld: Definition, Funktionen und Arten.....	177
G-2:	Entwicklungsstufen des Geldes als Zahlungsmittel.....	178
G-3:	Geldverfassung – die Rolle des ESZB.....	179
G-4:	Geldproduzenten.....	180
G-5:	Jahresüberschuss der Deutschen Bundesbank.....	181
G-6:	Europäische Zentralbank, Federal Reserve System und Bank of Japan im Vergleich.....	182
G-7:	Entwicklung der Bilanzsummen der Zentralbanken.....	183
G-8:	Geldpolitische Instrumente der EZB.....	184
G-9:	Geldpolitische Instrumente: Vergleich Deutsche Bundesbank – ESZB.....	185
G-10:	Abwicklung des wöchentlich ausgeschriebenen Standardtenders für ein Hauptrefinanzierungsgeschäft.....	186
G-11:	Ständige Fazilitäten.....	187
G-12:	Die Entwicklung der EZB-Zinssätze.....	188
G-13:	Die Mindestreserve im EURO-System.....	190

G-14:	Reservebasis und Mindestreservesätze.....	191
G-15:	Die Funktion der Mindestreserve im EURO-System.....	192
G-16:	Mindestreserve-Politik.....	193
G-17:	Geldpolitik der EZB: Die „2-Säulen-Strategie“.....	194
G-18:	Instrumente restriktiver und expansiver Geldpolitik.....	195
G-19:	Giralgeld und Giralgeldschöpfung.....	196
G-20:	Multiple Kredit- / Giralgeldschöpfung.....	197
G-21:	Die Geldmenge und ihre Abgrenzung.....	198
G-22:	Geldmengenabgrenzung.....	199
G-23:	EZB-Antikrisenpolitik.....	200
G-24:	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ).....	201
H	Außenwirtschaft.....	203
H-1:	Globalisierung.....	203
H-2:	Instrumente der Außenwirtschaft.....	204
H-3:	Protektionismus.....	205
H-4:	Nicht-tarifäre Handelshemmnisse.....	206
H-5:	Schritte zur Liberalisierung des Welthandels.....	207
H-6:	GATT – Welthandelsrunden.....	208
H-7:	WTO (World Trade Organisation).....	210
H-8:	Zahlungsbilanz.....	211
H-9:	Grundschema der Zahlungsbilanz.....	212
H10:	Zahlungsbilanz: Saldo der Leistungsbilanz.....	213
H-11:	Zahlungsbilanz: Saldo der Teilbilanzen 1975 – 1998 in Mrd. DM.....	214
H-12:	Zahlungsbilanz: Saldo der Teilbilanzen 1999 – 2013 in Mrd. EURO.....	215
H-13:	Kennziffern des Außenhandels.....	216
H-14:	Außenhandel der BRD.....	217
H-15:	Anteil deutscher Waren an den Importen in Prozent.....	218
H-16:	Die wichtigsten Handelspartner der BRD.....	219
H-17:	Waren-Exporte und Waren-Importe der BRD.....	220
H-18:	Die 15 exportstärksten Länder: Anteil der Länder an den weltweiten Warenexporten in Prozent.....	221

H-19:	Leistungsbilanzsalden international der 25 Länder mit der größten Wirtschaftsleistung in Prozent des BIP.....	222
H-20:	Wechselkurs und Wechselkurssysteme.....	223
H-21:	Auswirkungen von Wechselkurssystemen.....	224
H-22:	Feste und Flexible Wechselkurse.....	225
H-23:	Staatsfinanzen: Schuldenerlasse.....	226
H-24:	Entwicklung der Staatsschulden ausgewählter Industrienationen.....	227
I	Die Europäische Union.....	229
I-1:	Chronik der europäischen Integration.....	229
I-2:	Europäischer Binnenmarkt und seine Voraussetzungen.....	230
I-3:	Die 3 Säulen der Europäischen Union.....	231
I-4:	Die 3 Stufen der Europäischen Währungsunion.....	232
I-5:	Konvergenzkriterien des EURO.....	233
I-6:	Gesamtwirtschaftliche Daten der Teilnehmerländer der Europäischen Währungsunion 1997 und 1998.....	234
I-7:	Umrechnungskurse des EURO.....	235
I-8:	Stabilitäts- und Wachstumspakt.....	236
I-9:	Haushaltssaldo der BRD.....	237
I-10:	EU-Schuldenkrise: Saldo des Staatshaushaltes ausgewählter Länder in Prozent des BIP.....	238
I-11:	Entwicklung der Staatsschulden ausgewählter EU-Krisenländer.....	239
I-12:	Finanzierung des EU-Haushalts.....	241
I-13:	Finanzierung der EU: Differenz aus den Zahlungen an die EU und von der EU.....	242
I-14:	Nettobeitrag zum EU-Haushalt.....	243
	Literaturhinweise.....	245
	Stichwortverzeichnis.....	249

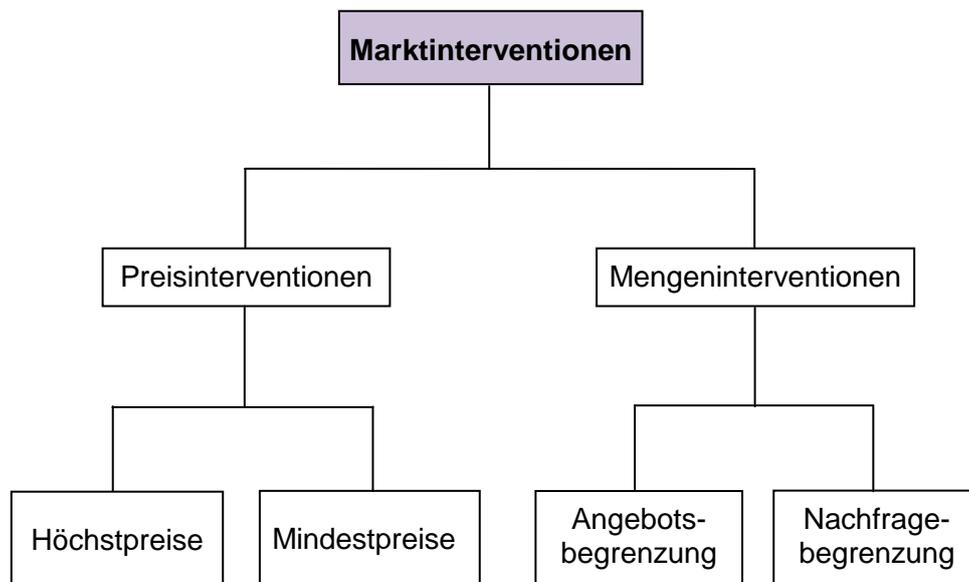
Marktinterventionen

Definition / Rechtfertigung

Unter „Marktinterventionen“ versteht man Eingriffe des Staates in die freie Marktgleichgewichtsbildung. Sie sind in der Regel sozialpolitisch motiviert vor dem Hintergrund der Annahme, dass das „freie Spiel“ des Marktes Verteilungswirkungen zur Folge hat, die von der Gesellschaft (bzw. dem Staat) als „unsozial“ und somit „unerwünscht“ beurteilt werden.

Varianten

Staatliche Marktinterventionen sind in den folgenden Ausprägungsformen denkbar:



Staatliche Höchstpreise

Begründung / Rechtfertigung

Der Staat beurteilt den Marktgleichgewichtspreis in der Höhe, wie er sich aus Marktangebot sowie Marktnachfrage ergibt, als „unsozial hoch“.

Instrument

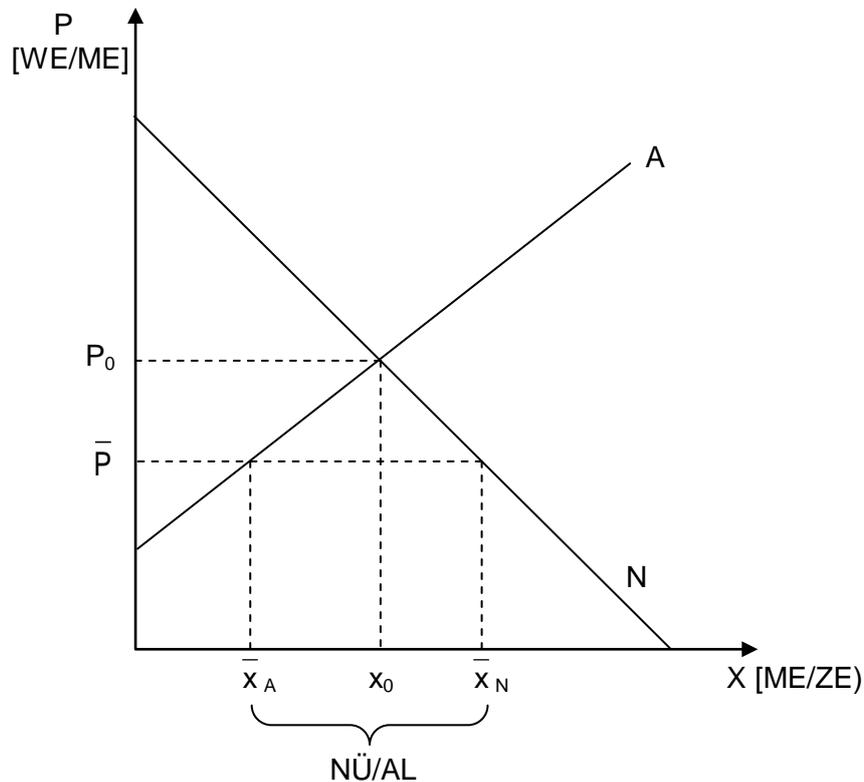
Der Staat gibt einen Höchstpreis (\bar{P}) vor, der unterhalb des Marktgleichgewichtspreises (P_0) liegt und der nicht unterschritten werden darf:

$$\bar{P} < P_0$$

Auswirkungen

Staatliche Höchstpreise führen zu einem Nachfragemengenüberschuss/Angebotsmengenlücke (NÜ/AL). Dies äußert sich in Versorgungsengpässen bzw. Warteschlangen/Wartelisten. Mittel- bis langfristig haben diese Versorgungsengpässe das Ausweichen der Marktteilnehmer auf Schwarzmärkte zur Konsequenz.

Grafische Darstellung



Staatliche Mindestpreise

Begründung / Rechtfertigung

Der Staat beurteilt den Marktgleichgewichtspreis in der Höhe, wie er sich aus Marktangebot sowie Marktnachfrage ergibt, als „unsozial niedrig“.

Instrument

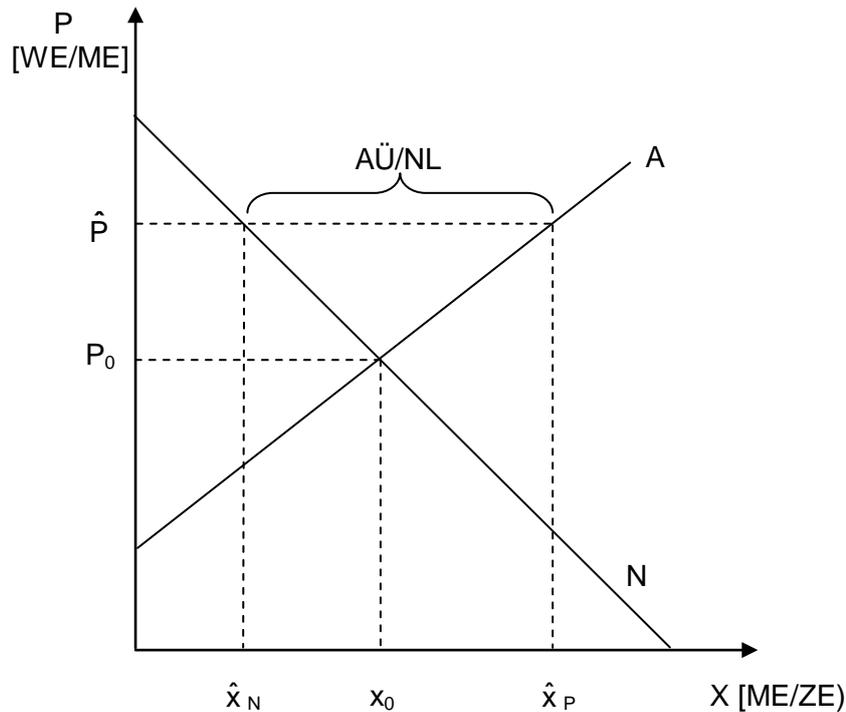
Der Staat gibt einen Mindestpreis (\hat{P}) vor, der oberhalb des Marktgleichgewichtspreises (P_0) liegt und der nicht unterschritten werden darf:

$$\hat{P} > P_0$$

Auswirkungen

Staatliche Mindestpreise führen zu einem Angebotsmengenüberschuss/Nachfragemengenlücke (AÜ/NL). Da Mindestpreise langfristig nur dann Bestand haben, wenn der Staat den zum Mindestpreis entstehenden Angebotsmengenüberschuss aufkauft, entstehen darüber hinaus Lagerhaltungs- und Vernichtungskosten.

Grafische Darstellung



Mindestlöhne als Form von Mindestpreisen

Hintergrund

Die politisch kontroverseste Diskussion zum Thema „Mindestpreise“ wird über das Für und Wider von Mindestlöhnen als Mindestpreis für den Produktionsfaktor Arbeit geführt.

Mindestlöhne in Deutschland

Tarifliche Branchenmindestlöhne nach dem Arbeitnehmerentendegesetz¹

Branche	betroffene Beschäftigte	Bruttostundenlöhne [EURO]
Bergbau-Spezialgesellschaften	2.500	11,53 – 12,81
Berufliche Aus- und Weiterbildung	30.000	11,25 – 12,60
Dachdeckerhandwerk	71.600	11,20
Bauhauptgewerbe	549.900	10,25 – 13,70
Maler- und Lackiererhandwerk	113.800	9,75 – 12,00
Abfallwirtschaft	175.000	8,68
Elektrohandwerk	295.700	8,65 – 9,90
Pflegedienste	800.000	7,75 – 8,75
Gebäudereinigerhandwerk	700.000	7,56 – 11,33
Wach- und Sicherheitsgewerbe	170.000	7,50 – 8,90
Zeitarbeit	780.000	7,50 – 8,19
Wäschereien	35.000	7,00 – 8,00

Im Jahr 2014 wurde seitens der Bundesregierung ein gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 EURO/Stunde mit Wirkung zum 01. Januar 2015 beschlossen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

¹ Stand: April 2013, Quelle: Bundesagentur für Arbeit
Unterschiede zwischen Bundesländern sowie Ost- und Westdeutschland

Fortsetzung: Mindestlöhne als Form von Mindestpreisen

Mindestlöhne international		
Monatlicher gesetzlicher Mindestlohn für einen Vollzeitjob ¹		
Land	Brutto-Mindestlohn in EURO	in Prozent des Durchschnittslohns
Luxemburg	1.875	34,5
Belgien	1.502	43,0
Niederlande	1.469	41,6
Irland	1.462	43,8
Frankreich	1.430	48,0
Vereinigtes Königreich	1.264	38,2
USA	998	28,4
Slowenien	784	47,2
Spanien	753	34,7
Griechenland	684	34,7
Portugal	566	38,8
Polen	377	36,6
Ungarn	341	36,6
Slowakei	338	35,7
Estland	320	32,1
Tschechien	312	28,7
Lettland	287	42,8
Litauen	232	36,3
Rumänien	157	32,9

¹ Bruttomindestlohn: Stand Februar 2013
in Prozent des Durchschnittslohns: Stand 2011
Quellen: Eurostat, OECD

Marktversagen

Definition

Unter Marktversagen versteht man eine Situation, in welcher es zu einer Fehllenkung von Ressourcen durch Marktpreise kommt. Da der Marktpreis vom Knappheitspreis abweicht, senden die Marktpreise falsche oder gar keine Preissignale aus.

Die für Markteffizienz / Marktversagen entscheidenden Gütermerkmale

Gütermerkmal	Charakterisierung
Rivalisierende Inanspruchnahme	<ul style="list-style-type: none"> • Die Inanspruchnahme einer Einheit des Gutes hindert zwangsläufig andere Wirtschaftssubjekte daran, diese Einheit zu nutzen. • Die Inanspruchnahme des Gutes ist somit mit Opportunitätskosten verbunden. • Hieraus resultiert ein Knappheitspreis von > 0.
Nicht-rivalisierende Inanspruchnahme	<ul style="list-style-type: none"> • Das Gut (im Regelfall: die Dienstleistung) kann zum gleichen Zeitpunkt von mehreren Wirtschaftssubjekten in Anspruch genommen werden, ohne dass dadurch die Qualität des Gutes sinkt. • Die Inanspruchnahme des Gutes durch einen Nutzer impliziert somit keine Verdrängung anderer potentieller Nutzer bzw. keine Nutzeneinbuße Anderer. • Hieraus resultiert eine Knappheitspreis von 0.
Anwendung des Ausschlussprinzips	Das Gut kann nur von demjenigen Interessenten in Anspruch genommen werden, der dem Anbieter die geforderte Gegenleistung zahlt.
keine Anwendung des Ausschlussprinzips	Die Inanspruchnahme des Gutes ist zum Nulltarif möglich, weil ein Ausschluss von Nichtzahlern aus technischen Gründen nicht möglich ist oder aus Kostengründen nicht praktiziert wird.

Typen von Marktversagen

Gütermerkmalskombination	Ergebnis	Begründung	Beispiele
Rivalisierende Inanspruchnahme bei Anwendung des Ausschlussprinzips	Markt-Effizienz	Der Preis nimmt seine Funktionen wahr.	<ul style="list-style-type: none"> • Lebensmittel • Erdöl/-gas • Grundstück
Nicht-rivalisierende Inanspruchnahme bei Nichtanwendbarkeit des Ausschlussprinzips	Die Bereitstellung des betreffenden Gutes bzw. der betreffenden Dienstleistung unterbleibt.	Jeder Einzelne spekuliert darauf, die bereitgestellte Leistung als Trittbrettfahrer nutzen zu können.	<ul style="list-style-type: none"> • Straßenbeleuchtung • Küsten-/Hochwasserschutz • Innere/äußere Sicherheit
Nicht-rivalisierende Inanspruchnahme bei Anwendung des Ausschlussprinzips	Unternutzung der bestehenden Kapazitäten	Der geforderte Preis schreckt potentielle Nutzer von der Inanspruchnahme ab, obwohl noch freie Kapazitäten verfügbar sind.	<ul style="list-style-type: none"> • Parkplatz (innerhalb der Kapazitäten) • Bezahl-Fernsehen („Pay-TV“) • Konzert (innerhalb der Kapazität)
Rivalisierende Inanspruchnahme bei Nichtanwendbarkeit des Ausschlussprinzips	Übernutzung der bestehenden Kapazitäten	Der Preis von Null signalisiert den potentiellen Nutzern unbegrenzte Verfügbarkeit.	<ul style="list-style-type: none"> • Umwelt • Straße (an der Kapazitätsgrenze) • Fischbestände

Externe Effekte

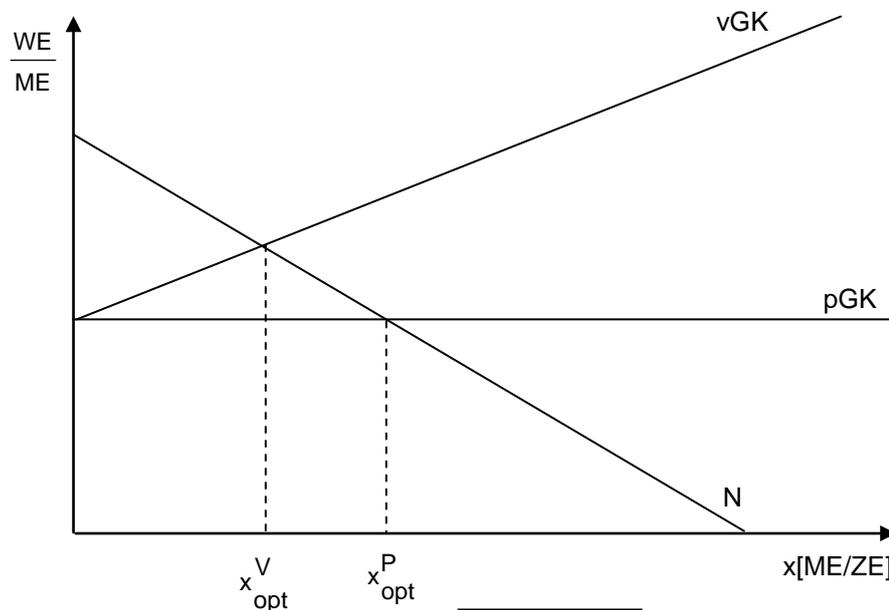
Definition			
Unter „Externen Effekten“ versteht man eine Fehllenkung von Ressourcen aufgrund fehlender bzw. falscher Preissignale: Für bestimmte, von der Gesellschaft positiv bewertete Nebenprodukte der Produktion / Konsumtion von Gütern ist das Ausschlussprinzip nicht anwendbar; für bestimmte, von der Gesellschaft negativ bewertete Nebenprodukte der Produktion / Konsumtion ist eine Zurückweisung durch die Betroffenen nicht möglich (bzw. nur unter Aufwendung von Ressourcen möglich). Externe Effekte stellen somit das Symptom einer unvollkommenen Eigentumsordnung dar.			
Ausprägungsformen			
negative externe Effekte = externe Kosten		positive externe Effekte = externe Vorteile	
Herleitung	Erläuterung	Herleitung	Erläuterung
marginale volkswirtschaftliche/gesellschaftliche Kosten	Wert der durch diese Aktivität insgesamt beanspruchten Ressourcen; Nutzeneinbuße für die Mitglieder der Gesellschaft	marginale volkswirtschaftliche/gesellschaftliche Vorteile	Wert aller Vorteile, welche die Mitglieder der Gesellschaft aus der Aktivität ziehen
./.. marginale private Kosten	Opportunitätskosten der Aktivität für den Entscheidungsträger	./.. marginale private Vorteile	Vorteil, den der Entscheidungsträger aufgrund seines Handelns erlangt
= marginale externe Kosten	vom Produzenten/ Konsumenten bei seiner Entscheidung nicht berücksichtigte volkswirtschaftliche Kosten	= marginale externe Vorteile	vom Produzenten/ Konsumenten bei seiner Entscheidung nicht berücksichtigte volkswirtschaftliche Vorteile
Allokationswirkungen		Allokationswirkungen	
Aus volkswirtschaftlicher Sicht wird zu viel vom betreffenden Gut in bestimmten Bereichen eingesetzt/konsumiert/produziert.		Aus volkswirtschaftlicher Sicht wird zu wenig von dem betreffenden Gut in bestimmten Bereichen eingesetzt/konsumiert/produziert.	

Allokationswirkungen externer Effekte - grafische Darstellung -

Definition der Variablen

x	=	betrachtetes Gut
pGK	=	private Grenzkosten, marginale private Kosten
vGK	=	volkswirtschaftliche Grenzkosten, marginale volkswirtschaftliche/gesellschaftliche Kosten
N_p	=	marginale private Vorteile
N_v	=	marginale volkswirtschaftliche/gesellschaftliche Vorteile
x_{opt}^P	=	optimale Konsummenge der Einzelnen (= tatsächlich realisierte Konsummenge)
x_{opt}^V	=	volkswirtschaftliche optimale Konsummenge

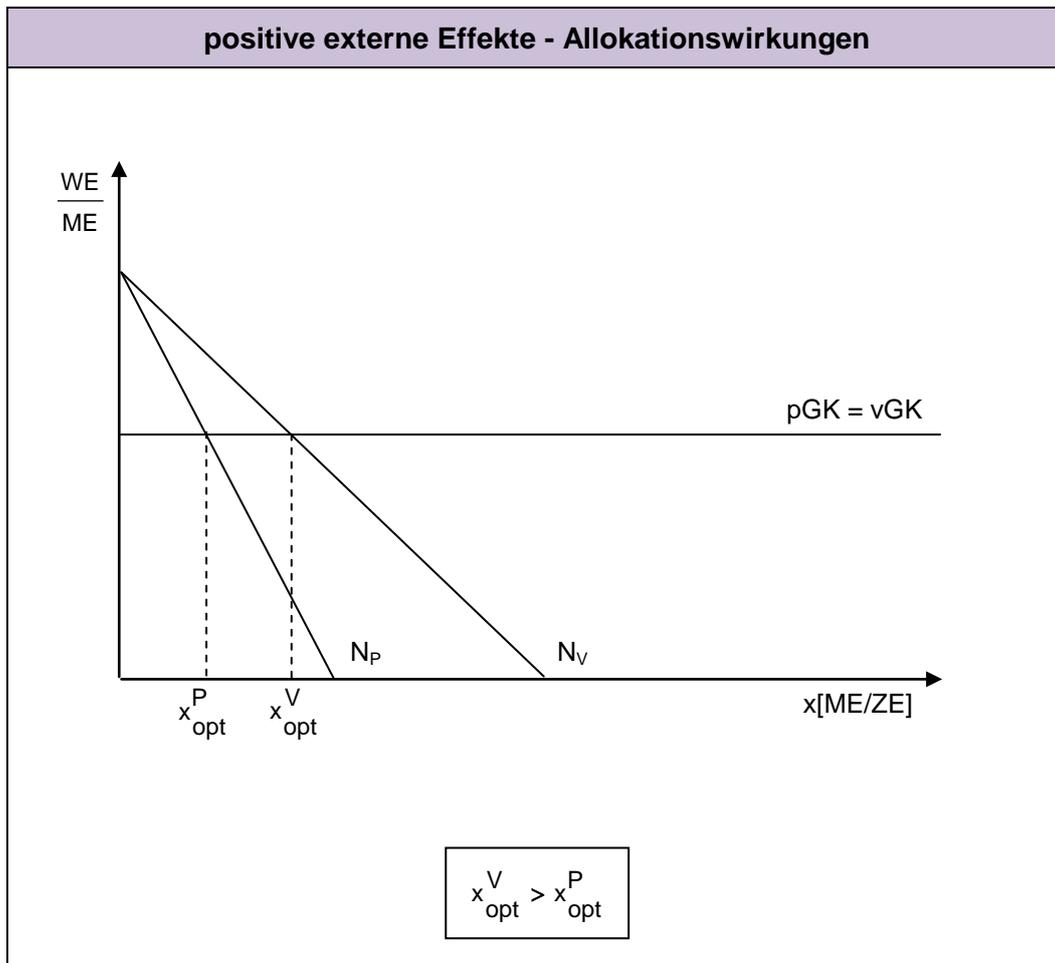
negative externe Kosten – Allokationswirkungen



$$x_{opt}^P > x_{opt}^V$$

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung: Allokationswirkungen externer Effekte



Internalisierung negativer externer Effekte

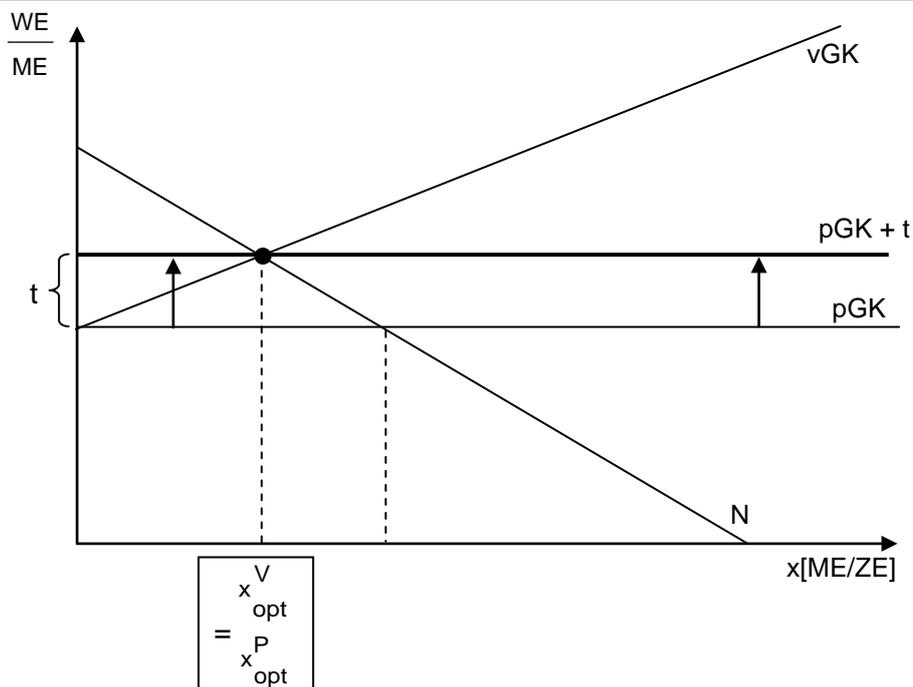
Ziel

Die (bisher) externen Kosten sollen dem Verursacher (Konsumenten oder Produzenten) vollständig angelastet werden, so dass er sie in seine Kosten- Nutzen-Abwägung einbezieht. Idealtypischer Weise hat dies zur Konsequenz, dass die vom Entscheidungsträger konsumierte/produzierte Menge der volkswirtschaftlich optimalen Menge entspricht.

Instrument

Durch die Erhebung einer PIGOU'schen Internalisierungssteuer auf die mit den externen Kosten verbundenen Aktivitäten steigen die privaten (persönlichen) Grenzkosten des Konsums / der Produktion. In der Praxis finden PIGOU'sche Internalisierungssteuern insbesondere im Bereich der Umwelt- sowie Gesundheitsökonomie Anwendung.

Zeichnerische Darstellung

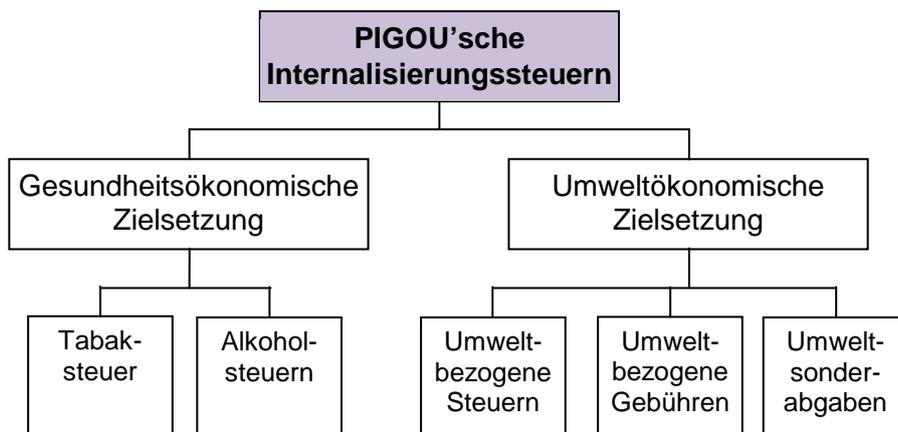


Ergebnis

Durch eine Steuer in Höhe von t [WE/ME] wird erreicht, dass als Folge der Kosten-Nutzen-Abwägung der einzelnen Entscheidungsträger die tatsächlich konsumierte/produzierte Menge mit der volkswirtschaftlich optimalen Menge übereinstimmt.

Internalisierung negativer externer Effekte: Umsetzung in der Praxis

Überblick

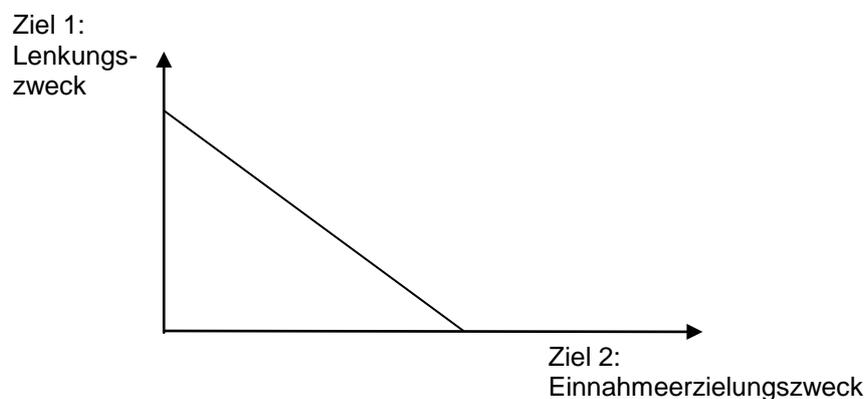


Zielkonflikt – Hintergrund

Gemäß § 3 der Abgabenordnung (AO) ist das primäre Ziel von Steuern die Erzielung von Einnahmen zur Deckung der allgemeinen Staatsausgaben. Die Definition des § 3 AO lässt jedoch auch zu, dass der Zweck der Einnahmeerzielung Nebenzweck sein und hinter den Lenkungszweck der Steuer zurücktreten kann.

Sofern mit einer Internalisierungssteuer auch der Zweck der Einnahmeerzielung verfolgt wird, ist ein klassischer Zielkonflikt festzustellen: Je wirksamer der Lenkungszweck erreicht wird, desto weniger ergiebig ist die Steuer als Einnahmequelle.

Zielkonflikt – zeichnerische Darstellung



Umweltbezogene Steuern und Gebühren als Instrumente zur Internalisierung externer Effekte

Art der Besteuerungsgrundlage nach OECD- / Eurostat-Klassifikation		In der BRD steuer-/ gebührenpflichtig	Anmerkungen
Luftemissionen		ja	Seit dem 01.01.2005 müssen die Betreiber von Energieanlagen für die Teilnahme am Emissionsrechtehandel eine Emissionshandelsgebühr an die beim Umweltbundesamt angesiedelte Deutsche Emissionshandelsstelle entrichten
Chlorfluorkohlenstoffe, Halone, andere ozonschädigende Stoffe		nein	_____
Abwasser		ja	Gebührenerhebung für die Abwasserbeseitigung
Abfall	allgemein	ja	Gebührenerhebung für die Abfallbeseitigung
	einzelne Produkte (z.B. Batterien, Reifen, Altöl, Verpackungen)	nein	Eine Verpackungssteuer wird nicht flächendeckend, sondern nur in einzelnen Gemeinden erhoben. Die verpackungsbezogenen Zahlungen zum „Dualen System Deutschland“ („Grüner Punkt“) sind keine Zahlungen an die öffentliche Hand.
Lärm		nein	_____
Energieerzeugnisse	für Transportzwecke	ja	Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer, Ökosteuern
	für andere Zwecke	ja	Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer, Ökosteuern
Verkehrsbezogene Bemessungsgrundlage	Kraftfahrzeuge (einmalig, z.B. bei Erwerb oder bei Registrierung)	ja	Mehrwertsteuer bzw. Einfuhrumsatzsteuer bei Erwerb eines Kfz, Zulassungsgebühr
	Betrieb von Kraftfahrzeugen	ja	Kraftfahrzeugsteuer
Dünge- und Pflanzenschutzmittel		ja	Mehrwert- bzw. Einfuhrumsatzsteuer

Alkoholsteuern als Instrument der Internalisierung externer Effekte

Steuerart	Einführung	Bemessungsgrundlage	Regelsteuersatz
Branntweinsteuer	Ursprünge können bis ins Jahr 1502 zurückverfolgt werden; 1887 erstmalige Einführung einer reichseinheitlichen Branntweinsteuer	Ethylalkohol mit beliebigem Alkoholgehalt, Spirituosen mit einem Alkoholgehalt von mehr als 1,2 Volumenprozent und andere Getränke mit einem Alkoholgehalt von mehr als 22 Volumenprozent	1.303 €/ hl bzw. 13,03 €/ l reinen Alkohol
Biersteuer	im 15. Jahrhundert	Stammwürzegehalt des alkoholhaltigen Bieres (gemessen in Grad Plato)	0,787 €/ Grad Plato
Schaumweinsteuer	1902	Schaumweine zwischen 1,2 und 15 Volumen Prozent	Schaumweine unter 6 Volumenprozent: 0,51 €/ l ----- Schaumweine über 6 Volumenprozent: 1,36 €/ l
Zwischenerzeugnissteuer	1952	Erzeugnisse mit einem Alkoholgehalt zwischen 1,2 und 22 Volumenprozent, die nicht der Schaumwein- oder Biersteuer unterliegen (z. B. Sherry oder Portwein)	Erzeugnisse unter 15 Volumenprozent: 1,02 €/ l ----- Alle anderen Erzeugnisse: 1,53 €/ l
Alkopopsteuer	01. Juli 2004	Alkoholische Süßgetränke mit einem Alkoholgehalt zwischen 1,2 und 10 Volumenprozent, die trinkfertig mit bestimmten Spirituosen gemischt in verkaufsfertigen, geschlossenen Behältnissen abgefüllt sind	5.550 €/ l Alkohol

Die Tabaksteuer als Instrument zur Internalisierung externer Effekte

Zielkonflikt

Der in Übersicht D-10 beschriebene Zielkonflikt zwischen dem Lenkungszweck einer Internalisierungssteuer und ihrem Einnahmeerzielungszweck zeigt sich besonders deutlich bei der Tabaksteuer: Die in den jeweiligen Gesetzentwürfen formulierten Begründungen zu den seit dem Jahr 1977 beschlossenen Tabaksteuererhöhungen haben lediglich im „Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze“ 2003 einen gesundheitsökonomischen Bezug; in allen anderen Fällen hatte die Steuererhöhung ausschließlich den Zweck der Einnahmeerzielung:

Tabaksteuererhöhungen seit 1977

Inkraft-treten	Gesetz	Begründung laut Gesetzentwurf	Quelle
01.01.1977	Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und des Gesetzes über das Branntweinmonopol 1976	Verminderung des Finanzierungsdefizites des Bundes	BT-Drucksache Nr. 7/4518
01.06.1982	Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen 1982	Begrenzung der Nettokreditaufnahme und Anhebung des Anteils der indirekten Steuern am Gesamtsteueraufkommen	BT-Drucksache Nr. 9/797
01.05.1989	Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen 1988	Finanzbedarf zur Übertragung von weiteren Finanzmitteln an die EG, für Hilfen zur Förderung der Investitionsfähigkeit finanzschwacher Länder und für Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit	BT-Drucksache Nr. 11/2970
01.03.1992	Gesetz zur Einführung eines befristeten Solidaritätszuschlags und zur Änderung von Verbrauchsteuer- und anderen Gesetzen 1991	Finanzierung zusätzlicher Aufgaben vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Mittleren Osten, in Südost- und Osteuropa und in den neuen Bundesländern	BT-Drucksache Nr. 12/403
01.01.2002 01.01.2003	Gesetz zur Finanzierung der Terrorbekämpfung 2001	Einnahmebedarf zur Erhöhung der inneren und äußeren Sicherheit	BT-Drucksache Nr. 14/7062
01.01.2004 01.12.2004 01.09.2005	Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze 2003	Pauschale Abgeltung von Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen und Sicherung der Substanz des Steueraufkommens	BT-Drucksache Nr. 15/1313
01.01.2013 01.01.2014 01.01.2015	Fünftes Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen 2012	Verstärkung des Tabaksteueraufkommens und Erzielung von Steuermehreinnahmen	BT-Drucksache Nr. 17/4052

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung: Die Tabaksteuer als Instrument zur Internalisierung externer Effekte

Tabaksteuersätze seit 01.01.2014			
Tabakerzeugnis	Mengensteuer	Wertsteuer in % des Kleinverkaufspreises	Mindeststeuersatz gesamt
Zigaretten ¹	9,63 Cent/Stück	21,74	19,259 Cent/Stück
Zigarren/Zigarillos	1,4 Cent/Stück	1,47	5,76 Cent/Stück
Feinschnitttabak ²	46,75 EURO/kg	14,63	91,63 EURO/kg
Pfeifentabak	15,66 EURO/kg	13,13	22,00 EURO/kg

¹ Ab 01.01.2015 beträgt der Steuersatz 9,82 Cent/Stück zuzüglich 21,69 % des Kleinverkaufspreises

² Ab 01.01.2015 beträgt der Steuersatz 48,49 EURO/kg zuzüglich 14,76 % des Kleinverkaufspreises

Internalisierung positiver externer Effekte

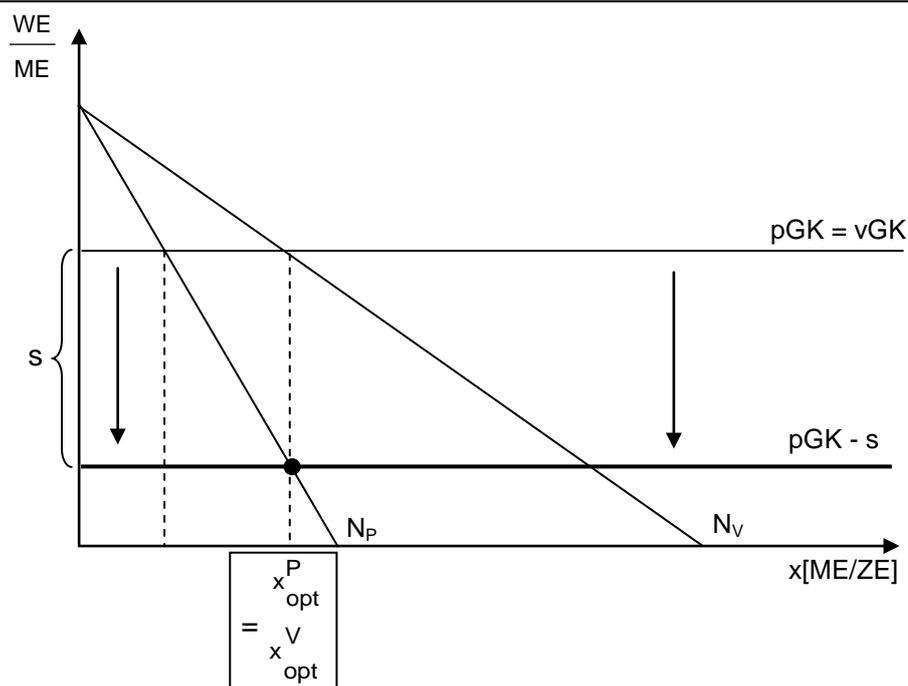
Ziel

Die (bisher) externen Vorteile sollen dem Verursacher (Konsument oder Produzent) vollständig angelastet werden, so dass er sie in seine Kosten-Nutzen-Abwägung einbezieht. Ideal typischerweise hat dies zur Konsequenz, dass die vom Entscheidungsträger konsumierte/produzierte Menge der volkswirtschaftlich optimalen Menge entspricht.

Instrument

Durch die Gewährung eines für jede Mengeneinheit gleich hohen Subventionsbetrages für die die externen Vorteile verursachenden Aktivitäten sinken die privaten (persönlichen) Grenzkosten des Konsums/der Produktion.

Zeichnerische Darstellung



Ergebnis

Durch Gewährung einer Subvention in Höhe von $s [WE/ME]$ wird erreicht, dass als Folge der Kosten-Nutzen-Abwägung des einzelnen Entscheidungsträgers die tatsächlich konsumierte/produzierte Menge mit der volkswirtschaftlich optimalen Menge übereinstimmt.